Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 116 (1950)

Heft: 10

Rubrik: Ausländische Armeen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AUSLÄNDISCHE ARMEEN

Aufstellung einer Atlantikstreitmacht

Der Rat der Atlantikpaktmächte beschloß Ende September die Aufstellung einer unter zentralem Kommando stehenden Vereinigten Streitmacht, die stark genug ist, um einer Aggression vorzubeugen und die Verteidigung Westeuropas sicherzustellen. Die Aufstellung dieser Streitmacht soll in einem nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen. Das Konzept dieser Streitmacht gründet sich auf folgende Prinzipien:

Sie wird unter der Autorität der Organisation der Atlantikpaktmächte aufgestellt und nach strategischen und politischen Plänen geführt, welche von den zuständigen Organen des Paktes ausgearbeitet werden. Die Vereinigte Streitmacht untersteht der Befehlsgewalt eines Oberstkommandierenden, dem ausreichende Vollmachten übertragen werden, um ihm die Ausbildung und Organisation der nationalen Einheiten zu einer schlagkräftigen gemeinsamen Armee zu erlauben. Dem Oberstkommandierenden wird ein internationaler Generalstab beigegeben, dem Vertreter aller Nationen angehören, die Kontingente für die Vereinigte Streitmacht zur Verfügung stellen. Bis zur Ernennung des Oberstkommandierenden wird ein Generalstabschef bezeichnet, der für die Organisation und Ausbildung der Streitkräfte verantwortlich ist. Für die strategische Führung der Vereinigten Streitmacht ist das ständige Militärkomitee der Atlantikpaktmächte verantwortlich.

Der Rat war sodann einig darüber, daß Deutschland in die Lage versetzt werden sollte, an den Aufbau der Verteidigung Westeuropas seinen Beitrag zu leisten. Das Militärkomitee wurde ersucht, die Methoden zu empfehlen, nach welchen Deutschland in geeignetster Weise seinen Beitrag leisten könnte.

Alliierte Verstärkungen für Europa. In gutunterrichteten Kreisen Washingtons rechnet man mit der Entsendung von 5 bis 10 Divisionen nach Europa. Zur Vereinfachung der Verteidigung Westdeutschlands sollen mit dem Eintreffen westlicher Streitkräfte die Zonengrenzen abgeschafft werden. Diese Streitkräfte sollen nach rein operativen Gesichtspunkten zwischen der deutsch-tschechischen Grenze und der Nordsee stationiert sein. Von Großbritannien wird erwartet, daß es seine Truppenbestände in Deutschland um mindestens 3 Divisionen erhöhe.

Die Türkei und Griechenland im westlichen Verteidigungssystem: Die Türkei und Griechenland haben das Angebot der Atlantikpaktstaaten angenommen, wonach diese beiden Länder an der das Mittelmeer betreffenden Militärplanung als «zugewandte Orte» teilnehmen können.

Waffenvereinheitlichung bei der Westunion. Die Verteidigungsorganisation der Westunion veröffentlichte eine Erklärung, welche sich mit einer Demonstration neuer Antitankwaffen in England befaßt. Die Feuerkraft dieser neuen amerikanischen und französischen Waffen, die nun den alliierten Armeen zur Verfügung stehen, sei eindrucksvoll. Dies gelte namentlich von dem neuen amerikanischen 8,9-cm-Raketenwerfer «Bazooka», sowie von der neuesten französischen Antitankwaffe. Die neuen Waffen sollen als Standardmodelle der Westunion eingeführt werden.

Vereinigte Staaten

Die amerikanische Rüstung. Die amerikanische Armeeleitung teilte mit, daß sie für Waffen, Panzer und Munition sechsmal mehr ausgebe, als vor dem Krieg in Korea

geplant war. Die Ausgaben für die Aufrüstung der Atlantikpaktmächte überstiegen die ursprünglich vorgesehene Auslage um das vierfache. In einem Bericht der Armeeleitung heißt es, daß rund 312 Millionen Dollar während des nächsten Finanzjahres für größere Aufrüstung vorgesehen waren, während jetzt eine Summe von 2 Milliarden Dollar für diesen Zweck in Aussicht genommen sei. Die Kosten für die Ausrüstung der Atlantikpaktmächte hätten ursprünglich 500 Millionen Dollar betragen sollen. Die Summe sei jetzt auf 2 Milliarden Dollar erhöht worden.

Im Hinblick auf den zufriedenstellenden Ablauf der Aktionen in Korea erklärte Präsident Truman Ende September, daß das jetzige Tempo beim Verteidigungsprogramm auch nach Beendigung des Krieges in Korea beibehalten werde.

General Omar Bradley, der Chef des Komitees der amerikanischen Generalstabschefs, erklärte am 12. Oktober in einer Radioansprache, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, den Bestand ihrer bewaffneten Streitkräfte auf 2,1 *Millionen Mann* zu erhöhen, den der *Luftwaffe* auf *62 Kampfabteilungen* (bisher 58) und den der Marine auf *905 Einheiten,* und zwar bis zum Juni 1951. Doch würden auch diese Kräfte noch nicht genügen. Bradley erklärte, daß das neue Verteidigungsprogramm *25 Milliarden Dollar* kosten werde. Die amerikanischen militärischen Führer seien indessen mit der Ausarbeitung eines Programms beschäftigt, das noch viel mehr kosten, noch größere Anstrengungen erfordern und mehr Soldaten benötigen werde.

Das amerikanische Prioritätssystem für Rüstungsaufträge: Die National Production Authority führte ein Prioritätssystem für Rüstungsaufträge ein, das Aufträgen für militärische Zwecke den Vorrang für die Verwendung von Rohstoffen und anderen Gütern sowie für die Ausnutzung der Produktionskapazität der amerikanischen Industrieunternehmungen einräumt. Das neue Prioritätssystem erstreckt sich auf die Einkäufe der bewaffneten Streitkräfte und der Atomic Energy Commission; sie bezieht sich jedoch nur auf die Einkäufe solcher Waren und Produkte, die direkt unter die Kompetenz der National Production Authority fallen. Hiezu gehören die meisten industriellen Rohstoffe und Waren. Öl, Nahrungsstoffe, elektrischer Strom und landwirtschaftliche Maschinen sind dagegen ausdrücklich ausgenommen.

Der Befehlshaber der Landtruppen der Vereinigten Staaten teilte mit, daß das neue Programm der Rekrutenausbildung eine wesentliche Herabsetzung der Dauer der Ausbildung bei der Infanterie von gegenwärtig 36 Wochen auf 14 Wochen vorsehe. Die amerikanischen Armeebehörden seien bestrebt, in kürzester Zeit Soldaten auszubilden, die für alle Zwecke eingesetzt werden könnten. Diese Maßnahme zeigt, daß die Amerikaner zu einer konzentrierten Ausbildung übergehen müssen, um in möglichst kurzer Zeit genügend Truppen zur Verfügung zu haben.

Scharfe Manöverkritik. Nach Abschluß der amerikanischen Manöver in Deutschland fanden unter den hohen Offizieren und Sachverständigen eingehende Besprechungen statt. Es fielen harte Worte der Kritik, die aber den festen Willen der verantwortlichen militärischen Stellen verraten, aus den Fehlern zu lernen. Mehrere Kommandanten kritisierten die amerikanischen Truppen, weil sie es nicht verstanden hätten, bei den Manövern in der amerikanischen Zone die Lehren aus dem Krieg in Korea zu ziehen. Diese Offiziere stellten auch fest, daß die Ausrüstung der amerikanischen Truppen in Deutschland teilweise «sehr fehlerhaft» sei. Der Oberkommandierende, General Handy, rügte, daß die Truppen eine Tendenz gezeigt hätten, sich allzusehr an *die Lastwagen und den Verkehr auf den Straßen zu halten.* Generalmajor J. D. White, der die kombinierten alliierten Streitkräfte während der Manöver kommandierte, erklärte, das Kriegsdepartement in Washington müsse vom mangelhaften Zustand der Ausrüstung

unterrichtet werden, «so daß kein Mißverständnis in bezug auf die Kampftüchtigkeit der Truppe» möglich sein werde.

Die Vereinigung der Atomwissenschafter erklärte, es wären 300 Milliarden Dollar notwendig, um eine wirksame Verteidigung der amerikanischen Zivilbevölkerung gegen einen Atombombenangriff zu organisieren. Die Atomwissenschafter vertreten die Auffassung, daß nur der Plan einer allgemeinen Dezentralisation der Industrie und der Zivilbevölkerung eine gewisse Sicherheit bieten könnte.

Großbritannien

Mit Wirkung vom 6. Oktober 1950 wurde der Export von Metallbearbeitungsmaschinen mit Kraftantrieb einer Lizenzierungspflicht unterstellt. Die Exporte der Werkzeugmaschinen nach den Vereinigten Staaten und nach Ländern im britischen Commonwealth fallen nicht unter die neue Lizenzverpflichtung. Die neue Maßnahme strebt also eine strikte Kontrolle über den Export britischer Metallbearbeitungsmaschinen nach Ländern hinter dem «Eisernen Vorhang» an.

Frankreich

Der französische Ministerrat nahm ein Dekret an, wonach eine *Heimwehr* (Garde territoriale) geschaffen wird, die im Falle der Mobilisation oder des Kriegsgefahrzustandes in ihren lokalen Sektoren für die Sicherheit der Verbindungen und allgemein für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen hat. Diese Heimwehr arbeitet auf dem Lande und in den Städten zusammen mit der Gendarmerie und den andern Polizeikräften. Sie wird gebildet aus Reservisten und Militärdienstfreien, die an Ort und Stelle verwendet werden. Dazu kommen Regional-Bataillone, die aus Reservisten der alten Jahrgänge bestehen.

Italien

Italien hofft in absehbarer Zeit von der Militärklausel des Pariser Friedensvertrages vom Februar 1947, die eine weitgehende Beschränkung der Wehrmacht festlegt, befreit zu werden. Der Friedensvertrag erlaubt Italien nur ein Landheer in der Stärke von 250 000 Mann, eine Luftflotte von insgesamt nur 200 Jägern und Erkundungsflugzeugen, ergänzt durch 150 Schulungs- und Transportflugzeuge, eine Kriegsflotte von maximal 65 000 Tonnen, sowie Hilfsschiffe und Spitalschiffe von zusammen 70 000 Tonnen. Bei den im Friedensvertrag Italien zugebilligten Landstreitkräften sind 95 000 Carabinieri inbegriffen, die laut Vertrag auch in Kriegszeiten ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Landesinnern einzusetzen wären. Italien darf keine Angriffspanzerwagen, keine Bombenflugzeuge, keine Unterseeboote, keine Flugzeugträger, also überhaupt keine Angriffswaffen, besitzen. Der Bestand der Kriegsflotte entspricht, mit wenigen Ausnahmen, der im Friedensvertrag vorgesehenen Stärke. Die Einheiten sind allerdings mehr oder weniger veraltet.

Gegenwärtig verfügt Italien über folgende, auf sieben schwache Infanteriedivisionen, eine Alpenjäger- und eine Panzerbrigade verteilte Landstreitkräfte: 14 000 Offiziere, 18 000 Unteroffiziere, 138 000 Soldaten, 89 000 Carabinieri. Die Marine umfaßt 35 000 Mann, die Luftwaffe 29 000 Mann. Die Flugwaffe hat zur Zeit 150 ältere Jäger- und Erkundungsflugzeuge in Gebrauch, die aus den Beständen der amerikanischen Luftwaffe am Ende des zweiten Weltkrieges in Italien zurückgelassen wurden.

Im Jahresvoranschlag vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951 der italienischen Staatsrechnung ist für das Wehrwesen eine Gesamtausgabe von 323 Milliarden Lire (2,24 Milliarden sFr.), das sind 22 Milliarden Lire mehr als 1949/50, eingesetzt. Dieses Militär-

budget verschlingt 21,5 Prozent der vorgesehenen Gesamtjahresausgaben des Staates oder 4,5 Prozent des Volkseinkommens.

Die durch den Krieg in Korea verursachte internationale Erschütterung hat den Verteidigungsminister veranlaßt, die italienische Wehrmacht einstweilen wenigstens auf die im Friedensvertrag zugelassene Stärke von 12 Infanteriedivisionen, eine Alpenjäger- und drei Panzerbrigaden zu erhöhen.

Der italienische Ministerrat hat den Gesetzesentwurf über den Schutz der Zivilbevölkerung im Falle des Krieges oder von Katastrophen genehmigt. Der Entwurf sieht unter anderem die Schaffung einer «Generaldirektion für Zivilverteidigung» vor, die dem Innenministerium unterstellt wird. Für die Organisierung und Verwendung der erforderlichen Hilfe erhält die Generaldirektion den Auftrag, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung und die Einrichtungen jeder Art gegen kriegerische Aktionen zu sichern.

Deutschland

Die *Aufrüstung Westdeutschlands* ist heute eine im Prinzip beschlossene Sache. Vor allem mit Rücksicht auf Frankreich wird aber nur eine beschränkte Aufrüstung, vorläufig in Form einer den Ländern unterstellten Polizeitruppe in der Gesamtstärke von 30 000 Mann zugelassen. *Zeitlich* soll die deutsche Armee erst dann aufgestellt werden, wenn die Alliierten bereits ihre Armeen besitzen. *Technisch* soll die Armee so ausgerüstet werden, daß sie mindestens teilweise den Alliierten unterlegen und auf jeden Fall von amerikanischen Waffenlieferungen abhängig ist. Die modernsten Waffen, vor allem Atomwaffen, sollen verboten bleiben. Auch numerisch sollen die deutschen Divisionen denjenigen eines jeden der übrigen westlichen Partner unterlegen bleiben. Außerdem besteht England darauf, daß mindestens ein westliches Oberkommando bestehen muß, dem auch die deutschen Divisionen unterstellt würden.

Wie die britische Berliner Zeitung für die deutsche Bevölkerung «Die Welt» zu melden weiß, soll kürzlich ein Generalstab der *Volkspolizei der Sowjetzone* geschaffen worden sein. Dieser Generalstab umfasse alle Inspektoren der Volkspolizei, den Sicherheitsminister Zaisser und einige höhere Polizeioffiziere, die aus der Sowjetunion zurückgekehrt sind, nachdem sie dort ein Jahr beim Generalstab Dienst geleistet hatten. Dieser Generalstab werde nicht dem neuen Chef der Volkspolizei, Maron, unterstellt, sondern dem Generalsekretär der kommunistischen Partei und Vizeministerpräsidenten Walter Ulbricht. Als Sitz des Generalstabes sei die Stadt Görlitz an der Grenze zwischen der deutschen Ostzone und dem von Polen besetzten Gebiet ausersehen.

Schweden

Der schwedische Verteidigungsminister Vougt erklärte, daß Schweden bei einem militärischen Konflikte nicht schon heute auf Hilfe abstellen dürfe, die von außen komme. Eine starke Verteidigung sei in erster Linie notwendig, um einer Gefahr begegnen zu können. Das Wesentliche sei, daß ein Land, das Entsatz brauche, weil es von einem übermächtigen Feind angegriffen worden sei, eine so starke Verteidigung besitze, daß es nicht sofort besiegt werde, sondern eine Zeitfrist zum Entsatz schaffen könne. Alles Gerede um Vorbereitung militärischer Hilfe von außen im Kriegsfalle führe in der jetzigen Situation zu keinem Resultat, sondern schade politisch und erhöhe auf keinen Fall den Respekt vor Schweden.

Eine Neukonstruktion der Bofors und der Schwedischen Philips AG. ist ein Radar-Geschoß, das mit Hilfe von Radar in der Nähe des Zieles explodiert.

Polen

Im Heer werden jetzt auch russische Stahlhelme getragen. Tarnnetze und Tarnüberwürfe (Zeltblätter mit kleinfleckiger Tarnbemalung) befinden sich auch bei der Artillerie. Die Artillerie führt mit Nebelbüchsen die Vernebelung ihrer Feuerstellung durch. – Neben den Offiziersschulen für Infanterie und Artillerie gibt es auch eine für Panzertruppen.

Rumänien

In Turn-Severin und in Galatz sind die wichtigsten Werften der unteren Donau. Dort werden Donaumonitore überholt, auch solche bulgarischer Nationalität. Die Hafenanlagen der unteren Donau sind durch russische Flabtruppen geschützt, die auch schwimmende Nebelanlagen benützen. Auch sind die russischen Garnisonen entlang der Donau stark gehalten, darunter Pioniere und Fallschirmtruppen.

WAFFENTECHNISCHES

Zum Problem der neuen Waffen

In der ausgezeichneten französischen Militärzeitschrift «Forces Aériennes Françaises» (Mai 1949) legt Capitaine Oudin die Bedeutung neuer Waffen in der Vergangenheit dar. Er stellt fest, daß es immer wieder neue Waffen gegeben hat, daß diese jedoch die Kriegführung, aber nur selten den Ausgang einer bestimmten Schlacht zu beeinflussen vermochten. Er erklärt dies dadurch, daß die Entwicklung neuer Waffen früher sehr viel mehr Zeit in Anspruch genommen hat als heute, und daß ihr Einsatz oft unzweckmäßig und so erfolgt sei, daß nur ein Bruchteil der sich bietenden Möglichkeiten ausgenutzt wurde.

Im ersten Weltkriege war durch die Erstarrung der Fronten infolge der Übermacht der defensiven Mittel die Notwendigkeit der Verwendung neuer Waffen zur Schaffung der Überraschung so dringend, daß diese überstürzt und ohne vorheriges Studium des günstigsten Einsatzes erfolgte.

In einem Abschnitt, der zu den gegenwärtigen Problemen überführt, wird die Anwendung neuer Waffen im zweiten Weltkrieg behandelt. Es wird die Auffassung vertreten, daß die Deutschen den Krieg mit herkömmlichen Mitteln angefangen hätten und die Entwicklung neuer Waffen erst im Laufe des Krieges, als sich ihre Notwendigkeit aufdrängte, in die Wege leiteten. Dabei seien die Ziele so weit gesteckt worden, daß ein zeitgerechter und rationeller Einsatz der Waffen nicht mehr möglich gewesen sei. Im Gegensatz dazu hätten die Alliierten von Anfang an neue Waffen eingesetzt und andere in Verbindung mit bisherigen fortlaufend entwickelt. Als Beispiel für die verschiedenen Auffassungen wird unter anderen der Radarzünder angeführt, bei den Alliierten für die Marineflab verwendet, bei den Deutschen für ferngelenkte Geschosse. Ein zweites Beispiel ist die Atombombe, bei den Alliierten abgeworfen durch Bomber, während die Deutschen den Transport durch fliegende Geschosse mit großer Reichweite in Aussicht nahmen. Bei den Deutschen sei ferner der Einsatz der neuen Waffen unter dem Zwange der Verhältnisse nicht immer zweckmäßig erfolgt.